

Positionspapier der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar

Unternehmertum ist Verantwortung

Die Gesellschaft sieht sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber, die sie vor nie gekannte Probleme stellt. Globalisierung und Digitalisierung machen die Welt zunehmend komplexer, der Klimawandel bewegt die Politik, die Wirtschaft und die Bevölkerung zum Umdenken. Auch die Erwartungen der Gesellschaft an die Unternehmen haben sich geändert. Alle müssen ihren Teil leisten, um die Zukunft lebenswert zu gestalten.

Was derzeit diskutiert wird

In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle von Unternehmertum stark diskutiert. Oft wird nach möglichst einfachen Lösungen gesucht, was der Komplexität der Zusammenhänge jedoch nicht immer gerecht wird. Und allzu häufig wird ein Bild gezeichnet, in dem die Verantwortung für unerwünschte Entwicklungen allein auf die Wirtschaft abgeschoben wird. Ein paar Beispiele:

In vielen Beschaffungsländern der Industrie herrschen **Arbeits- und Sozialbedingungen**, die mit unseren Vorstellungen von Menschenwürde und Fairness nur schwer in Einklang zu bringen sind. Diskutiert wird deswegen ein Lieferkettengesetz. So sollen grenzüberschreitend agierende Unternehmen auf allen Stufen ihrer Wertschöpfungskette die Einhaltung der Menschenrechte lückenlos belegen – also nicht nur in ihren eigenen Produktionsstätten, sondern in der gesamten Lieferkette.

In Ballungsgebieten mit erheblichem Zuzug ist **Wohnraum** in allen Preisklassen ein knappes Gut. Vor diesem Hintergrund wurde beispielsweise in Berlin ein Volksbegehren gestartet, das die Enteignung eines privaten Immobilienunternehmens zum Ziel hatte. Anderorts wird von ernstzunehmender Seite angeregt, dass niemand mehr als eine Immobilie besitzen solle, weil es kein legitimes Geschäftsmodell sei, mit dem Wohnraum anderer Menschen den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Es ist unstrittig, dass der **Klimawandel** unsere natürlichen Lebensgrundlagen bedroht. Nach langem Zögern der Politik sind die nun diskutierten Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen umso strikter. In Gedankenspielen werden Fluggesellschaften verstaatlicht, um sie auf einen klimafreundlichen Kurs zu bringen. Gefordert wird die Vergesellschaftung von Automobilunternehmen oder Energiekonzernen, so dass diese ihre gesellschaftlichen Aufgaben besser erfüllen.

Die Coronapandemie stellt eine Bedrohung nicht nur für Risikogruppen der Bevölkerung dar, und bringt unser **Gesundheitssystem** an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Auf der Suche nach einem Impfstoff wird der Eindruck erweckt, dass der Staat der bessere

Unternehmer wäre, wenn er sich aus Gründen der Daseinsvorsorge an Biotech-Unternehmen beteiligt.

Die Themenfülle dieser Debatte zeigt, dass es um die Funktion von Unternehmertum innerhalb der Gesellschaft und Sinn und Grenzen von privatem Kapital geht. Während die teils widersprüchlichen Erwartungshaltungen der Gesellschaft an Unternehmer*innen immer weiter steigen, bleiben die materiellen Ansprüche unverändert. Das Wohlstandsniveau soll um jeden Preis erhalten bleiben. Ist dieses in Gefahr, verlagern sich die Erwartungen an den Staat. So wird von ihm aktuell erwartet, nicht nur Unternehmen, sondern auch die Bürger*innen möglichst unbeschadet durch die Coronakrise zu bringen.

Was in der Diskussion zu kurz kommt

Es ist kein Wirtschaftssystem bekannt, das Wohlstand, Freiheit und sozialen Ausgleich so gut in Einklang zu bringen vermag wie die Soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf der Vorstellung von souveränen und eigenverantwortlichen Menschen. Entscheidungsfreiheit, Verantwortung und Haftung für das eigene Handeln gehören untrennbar zusammen.

Ein zentrales Merkmal der Sozialen Marktwirtschaft ist der Wettbewerb, der Leistungsbereitschaft begünstigt und einen ständigen Anreiz für Unternehmen schafft, Produkte und Dienstleistungen weiterzuentwickeln. Damit fördert der Wettbewerb nicht nur ein verbraucherorientiertes Angebot, sondern auch Innovationen und technischen Fortschritt. Das wiederum schlägt sich in wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlichem Wohlstand nieder.

Die Soziale Marktwirtschaft ist deshalb nicht gleichbedeutend mit ungebremstem Kapitalismus. Es ist allgemeiner Konsens, dass langfristiges Wirtschaftswachstum nur in einem intakten ökologischen und sozialen System möglich ist. Das haben schon die Kaufleute der frühen Neuzeit gewusst, wenngleich die Grundsätze von damals heute nicht mehr allen Herausforderungen gerecht werden. Aus diesem Grund hat die IHK Darmstadt Rhein Main Neckar das Leitbild für ehrbare Kaufleute zu einem Leitbild für verantwortungsbewusste, vertrauenswürdige Geschäftsleute weiterentwickelt. Diesem Leitbild fühlt sich die IHK Darmstadt Rhein Main Neckar verpflichtet.

Die Rolle des Staates innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, durch Regeln das Funktionieren des Marktes zu gewährleisten. In Fällen von Marktversagen hat er die Aufgabe, die Marktergebnisse zu korrigieren: Kommt es zu sozialen Härten, sorgt der Staat für sozialen Ausgleich. Bei konjunkturellen Schwankungen bemüht er sich um Stabilität. Güter, die durch den Markt nicht oder unzureichend bereitgestellt werden, organisiert der Staat selbst, wie zum Beispiel Bildung und Infrastruktur. Für staatlichen Dirigismus steht die Soziale Marktwirtschaft jedoch nicht, denn zu starke staatliche Eingriffe gefährden den Wettbewerb und damit Wachstum und Wohlstand.

Unternehmertum ist Verantwortung

Unternehmer*innen sind Teil der Gesellschaft. Sie übernehmen Verantwortung – für sich selbst, für ihr Unternehmen und für ihr Umfeld. Diese Verantwortung ist insbesondere bei inhabergeführten Unternehmen gelebter Alltag. Neun von zehn Unternehmen in Südhessen haben weniger als zehn Beschäftigte, viele von ihnen sind inhabergeführt. Diese Unternehmen stehen nicht nur für kurze Entscheidungswege, sondern für regionale Verankerung und für persönliches Engagement. Zu ihrem Selbstverständnis gehört, dass sie gute Produkte liefern, Rechnungen und Steuern pünktlich zahlen, angemessene Arbeitsbedingungen bieten und sich im Geschäftsleben redlich verhalten. Im Zweifel stehen die Unternehmer*innen bis nach Ladenschluss im Geschäft, und engagieren sich dennoch zusätzlich ehrenamtlich im Gemeinderat oder als Sponsor des lokalen Sportvereins.

Freilich gibt es auch Unternehmer*innen, die diesen Anspruch an sich selbst nicht haben. Wer sich unredlich verhält oder gegen gesetzliche Regelungen verstößt, stellt sich selbst ins Abseits, schädigt den Ruf der großen Mehrheit der Unternehmer*innen, die sich an die üblichen Regeln von Sitte und Anstand halten, und richtet gesellschaftlichen (Vertrauens-)Schaden an. Aus Sicht der IHK Darmstadt ist dieses Verhalten nicht mit dem Leitbild für verantwortungsbewusste, vertrauenswürdige Geschäftsleute vereinbar. Das Sanktionieren von Regelverstößen ist Sache des Staates. Das Fehlverhalten Einzelner darf nicht dazu führen, Unternehmertum und Soziale Marktwirtschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern macht die Anforderungen an den Ordnungsrahmen deutlich.

Kapital fließt in die Bereiche, wo es am dringendsten gebraucht wird

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung sorgen Märkte für schnelle und notwendige Anpassungsprozesse. Privates Kapital fließt in jene Bereiche der Volkswirtschaft, wo es am dringendsten gebraucht wird. Das ist der gesellschaftliche Zweck von Unternehmen, unabhängig von der Unternehmensgröße.

Wie in keinem anderen Wirtschaftssystem lassen sich in der Marktwirtschaft große Mengen an Kapital mobilisieren. Der Wettbewerb stellt sicher, dass Kapital in Verwendungsmöglichkeiten fließt, die produktiv sind und Nachfragenden einen Nutzen stiften. Das gilt im Inland wie im Ausland. Gute Unternehmer*innen werden belohnt, schlechte werden bestraft. Denn Unternehmer*innen stehen nicht nur die Gewinne zu, sondern sie tragen auch die Verluste. Sie gehen kalkulierte Risiken ein, zum Teil existenzielle Risiken. Ein Unternehmen, das auf Dauer Verluste macht, weil es die Nachfrage nicht bedienen kann, scheidet aus dem Markt aus. Das ist der Grund für die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft.

Innovationen werden gelegentlich auch durch den Staat angestoßen, oder durch eine gesellschaftliche Bewegung. Ohne privates Kapital und die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen,

fehlt es aber an einem starken Anreiz, effizient zu wirtschaften und Innovationen hervorzubringen. Auf diese Weise dienen Unternehmer*innen als effiziente Problemlöser und übernehmen Verantwortung für drängende Probleme der Menschen – etwa bei der Suche nach einem Impfstoff gegen das Coronavirus oder der Reduktion von CO₂. Das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg ist letztlich die Triebfeder für Fortschritt und Wohlstand. Wo würden wir heute stehen, wenn sich unsere Urgroßeltern mit dem damals Erreichten zufriedengegeben hätten? Seinerzeit war der Lohn karg, die Lebenserwartung niedrig, und die Kindersterblichkeit erschreckend: 1910 erlebten von 100 Kindern 16 nicht das Erwachsenenalter. Marktwirtschaft, technischer Fortschritt und Sozialgesetzgebung haben seitdem für eine beeindruckende Entwicklung gesorgt, die auch in der Breite der Gesellschaft angekommen ist. Und selbst die Entwicklung der letzten 60 Jahre kann sich sehen lassen. Ein Warenkorb, für den man 1960 eine Stunde arbeiten musste, ist heute bereits in 19 Minuten verdient. Wirtschaftswachstum macht es möglich, ein immer teurer werdendes soziales Netz zu finanzieren. Nahezu jeder kann sich heute darauf verlassen, dass er bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflege angemessen versorgt wird. Die Mehrheit der Arbeitnehmer*innen profitiert heute von mehr Urlaubstagen, weniger Wochenarbeitsstunden und einem besseren Arbeitsschutz als je zuvor.

Umweltprobleme mit Marktwirtschaft und Technik lösen

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur ein geeignetes Wirtschaftssystem, um die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, sondern auch um Umweltschutz zu organisieren. Zahlreiche Umweltprobleme der siebziger und achtziger Jahre sind gelöst, oder zumindest deutlich gemildert. Die Luft ist sauberer geworden, im Oberrhein schwimmen wieder Lachse, und saurer Regen gehört der Vergangenheit an. Unbestritten ist aber auch, dass es noch viel zu tun gibt. Insbesondere die Klimapolitik ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

Bei der Umweltpolitik geht es im Kern um den effizienten Umgang mit einer knappen Ressource, der natürlichen Umwelt. In der Vergangenheit bestanden umweltpolitische Maßnahmen primär aus Auflagen und Verboten. Ordnungsrechtliche Vorgaben wurden durch politisch definierte Ziele bestimmt, und Unternehmen mussten sich an diese Vorgaben halten. Besser ist es, marktwirtschaftliche Lösungsansätze, unternehmerische Initiative und Erfindergeist zu nutzen, um umweltpolitische Ziele effizient zu erreichen. Das Eigeninteresse der Akteure wird in eine umweltgerechte Richtung gelenkt, und das Umweltziel kann vergleichsweise effizient erreicht werden.

Hierfür ist es nötig, dass der Staat nicht nur Privateigentum und Wettbewerb garantiert, sondern auch dafür sorgt, dass externe Effekte internalisiert werden. Diese spielen in der Umweltpolitik eine große Rolle. Kosten und Nutzen müssen den individuell handelnden Akteuren verursachungsgerecht zugeordnet werden. Auf diese Weise werden

umweltschädigende Handlungen reduziert, im besten Fall unterbleiben sie. Im Fall der Klimapolitik muss der Staat Ziele vorgeben, etwa wie viel CO₂ bis wann eingespart werden muss. Danach entscheiden Verbraucher*innen und Unternehmen, wo und wie sie dies tun. Die beste Methode ist der Emissionshandel, den es in der EU bereits als Modellversuch gibt. Er schafft einen technologieoffenen Rahmen für die besten Lösungen zur CO₂-Reduktion. CO₂ wird dort eingespart, wo es am einfachsten ist und die Gesellschaft am wenigsten kostet. Aber auch die geplante CO₂-Steuer ist ein gangbarer Ansatz. In einer intelligenten Ausgestaltung der Rahmenordnung liegt die Chance, unternehmerische Findigkeit zur Lösung umweltpolitischer Problemstellungen zu nutzen.

Wichtig ist aber auch: Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Umweltverträglich hergestellte Güter sind in aller Regel teurer. Sie sind teurer, weil bei ihrer Herstellung emissionsarme Produktionsverfahren eingesetzt werden, deren Einsatz erst durch die Internalisierung bisher externer Kosten lohnt. Das sollte jedem Verbraucher klar sein. Und auch die Politik muss sich ehrlich machen, und ihren Wähler*innen diesen Zusammenhang erklären.

Und auch wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin nötig sein, um die gewünschten Ausgaben für Umweltschutz tragen zu können, ohne gleichzeitig in zu großem Umfang auf andere ökonomische oder soziale Leistungen verzichten zu müssen. Der Green New Deal baut darauf, dass die Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch durch technischen Fortschritt in Europa gelingt und so Wohlstandsverluste vermieden werden können.

Was in der Diskussion stärker berücksichtigt werden sollte

Mehr Vertrauen in die Rolle von Unternehmertum

Unternehmer*innen treiben Innovationen voran. Ihr Beitrag ist notwendig, um die Herausforderungen unserer Zeit und die damit verbundenen Probleme zu lösen. Um diese Rolle ausfüllen zu können, brauchen sie einen verlässlichen Rechtsrahmen. Sie brauchen aber auch Freiräume. Hierzu gehören offene Märkte, eine moderate Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie eine Erbschaftssteuer, die das Betriebsvermögen bei Fortführung des Unternehmens schont. Weniger Bürokratie bedeutet mehr unternehmerische Kreativität. Eine besondere Rolle kommt Gründer*innen zu, die für ihr Engagement und ihre Ideen ein gründerfreundliches Klima benötigen.

Offene Märkte auch im internationalen Geschäft

Offene Märkte erfordern gleiche Wettbewerbsbedingungen für in- und ausländische Unternehmen. Häufig sind die wirtschaftlichen Beziehungen durch Bürokratie, Rechtsunsicherheit und Ungleichbehandlung beeinträchtigt. Auch der Schutz geistigen Eigentums kommt zu kurz.

Schluss mit der Enteignungsdebatte

Verstaatlichungsphantasien sind kontraproduktiv. Enteignungsdebatten auf dem Wohnungsmarkt rauben Investoren die Chance zur Schaffung neuen Wohnraums. Gleiches gilt für gut gemeinte, aber nicht ordnungskonforme Eingriffe in Märkte, wie zum Beispiel den Mietendeckel auf dem Wohnungsmarkt.

Umweltziele mit ökonomischen und sozialen Zielen ausbalancieren

Umweltziele sind kein Selbstzweck, sondern mit ökonomischen und sozialen Zielen abzuwägen. Unternehmer*innen tun dies im vollen Bewusstsein ihrer unternehmerischen Verantwortung und dem Leitbild für verantwortungsbewusste, vertrauenswürdige Geschäftsleute. Bei der Umsetzung von Umweltzielen darf der Staat keine Technologie vorschreiben, sondern muss Anreize für die Innovationskraft der Unternehmen setzen. Bei ehrgeizigen Umweltzielen ist mindestens eine europäische Lösung anzustreben. Deswegen begrüßen wir den „Green Deal“ der Europäischen Union grundsätzlich. Noch besser ist eine breite Einbindung aller Industrie- und Schwellenländer, da inländischen Unternehmen sonst Wettbewerbsnachteile entstehen, und das globale Umweltziel verfehlt wird.